



Dezember 2019

Kreistag

In seiner letzten Sitzung in diesem Jahr und vor der Wahl wurde der Haushalt für 2020 mit den Stimmen der FDP-Fraktion verabschiedet. Trotz sich abzeichnender hoher Verschuldung von bis zu 180 Mio. Euro sind die Projekte für ein neues Gymnasium in Herrsching, den Bau der FOS in Starnberg und den Kauf der Schindlbeck-Klinik in Herrsching sowie einen evtl. Neubau zur Zusammenlegung dieser Kliniken für den Landkreis wichtig und richtig. Kritisch sehen wir die ständig wachsende Anzahl der Personalstellen im Landratsamt, der erneut 13 Positionen zugefügt werden. Unsere Haushaltsrede wurde vom stellv. Fraktionsvorsitzenden Dr. Wolfgang Weber-Guskar pointenreich und sprachgewandt in Reimform vorgetragen, was große Aufmerksamkeit erzeugte. Auch zugespitzte Anmerkungen sind in dieser Form sehr eindrücklich an die Betroffenen zu richten. **Die Rede finden Sie im Wortlaut im Anhang.**

Berg

Es wurde eine Anfrage an den Bürgermeister mit Bürgersorgen bezüglich des zu erwartenden 5G-Ausbaus gestellt. Vor allem die Strahlung begründet diese Sorgen. Laut Bürgermeister ist das Thema bereits auf der Tagesordnung in Dienstbesprechungen und es gibt Überlegungen, evtl. bauplanerisch tätig zu werden. Wir sind der Meinung, dass hier eine klare und nicht vorgefärbte Informationsoffensive gestartet werden sollte. Transparent und sachlich, die Bürger mit ins Boot nehmen und klar über das Für und Wider informieren.

Dem Bauantrag des MTV zum Neubau eines Sport- und Funktionsgebäudes mit Schießstand und Nebenräumen in Berg wurde im Gemeinderat einstimmig zugestimmt. Wir sind sehr erfreut darüber, haben sich doch 2 Vereine hier einigen können, ein gemeinsames Bauvorhaben zu verwirklichen.

In der Vorberatung des Haushaltes 2020 wurden drei Förderungsanträge örtlicher Vereine besprochen:

// Die Schützengesellschaft St. Sebastian möchte auf elektronische Schießstände umrüsten. Der Gemeinderat stimmte für einen größeren Zuschuss.

// Der FSV Höhenrain beantragte einen Zuschuss für einen Multifunktionstraktor.

// Der TC Berg hat um einen Zuschuss für die Jugendarbeit gebeten. Auch hier wurde ein Teil im Haushalt eingestellt.

Aus privater Initiative wird voraussichtlich ab Februar 2020 ein Elektro-Sharing-Kfz bei der Apotheke in Berg stationiert. Die Gemeinde wird in der nächsten „Betrifft Berg“ weitere Informationen zur Verfügung stellen.



Dezember 2019

Erfreuliches beim ÖPNV: Es wurde darauf hingewiesen, dass seit dem neuen Winterfahrplan die Fahrt nach München mit dem Bus und anschließend S-Bahn aus allen Gemeindebereichen nicht mehr sechs sondern nur noch vier Streifen je Fahrtrichtung kostet.

Der Bebauungsplan „Herz-Jesu-Höhenrain“ wurde auf den Weg gebracht. Dieser wird auch die benötigte Erweiterung des Höhenrainer Friedhofs umfassen, sowie den Neubau für die Feuerwehr Höhenrain. Den Höhenrainer Schützen wurde ein Schießstand im Keller der Feuerwehr in Aussicht gestellt. Sehr erfreulich, da die Schützen aktuell als Gast in Münsing untergebracht sind. Zudem wurden vier Bauräume für Eigenheime im Einheimischenmodell und ein weiterer größerer Bauraum festgelegt. Dieser wurde bezüglich der Anzahl der Gebäude flexibel gehalten, so bestünde die Möglichkeit eines größeren Gebäudes oder eines Zwei- oder Dreispanners. Die SPD sieht hier ein genossenschaftliches Gebäude, unsere Gemeinderätin könnte sich für das dann alte Feuerwehrhaus ein Mehrgenerationenhaus sehr gut vorstellen.

Gauting

In Gauting wurde nach nunmehr 5-jähriger Ausarbeitungsphase über die wesentlichen Eckpunkte des Gesamtverkehrskonzepts Beschluss gefasst. Und um es gleich vorweg zu nehmen: Der große Wurf ist mit dem Konzept aus Sicht der FDP-Ratsfraktion nicht gelungen. So vermischen wir grundlegende Aussagen und Empfehlungen zur Entwicklung und Lenkung des Verkehrs an neuralgischen Punkten wie der Hauptplatzkreuzung, dem Bahnhofsumfeld oder auch im Bereich des Bebauungsplans 100 (AOA Gelände) entlang der Ammerseestraße. Auch konnten wir dem vorgelegten Planungsstand keinerlei Vorschläge zu innovativen Mobilitätskonzepten entnehmen. Vielmehr schien es das „Allheilmittel“ des beauftragten Verkehrsplanungsbüros zu sein, unsere Würmtalgemeinde in eine geschlossene Tempo-30-Zone zu verwandeln. Die Gautinger FDP-Gemeinderäte setzen in der Grundsatzfrage der innerörtlichen Geschwindigkeitsbegrenzung dabei auf eine differenzierte Leitidee: Während auf den Hauptverkehrsadern zur Stärkung eines reibungslosen Verkehrsflusses Tempo 50 beizubehalten ist, wollen wir lineare Tempo-30 -Begrenzungen oder Tempo-30-Zonen konsequent dort anwenden, wo Gefahrenlagen (z.B. durch Schülerverkehr) bestehen oder die Wohnbevölkerung geschützt werden muss. Aufgrund uneinheitlicher Sichtweisen in der CSU-Fraktion konnten wir die Abstimmung in einigen Fragestellungen dahingehend maßbeglich beeinflussen. Ausdrücklich begrüßen wir es, dass zum Schutze der Radfahrer künftig die Einrichtung eines Radschutzstreifens entlang der Bahnhofstraße bergaufwärts ermöglicht werden soll.



Dezember 2019

Gilching

In der letzten Sitzung dieses Jahres wurde in Gilching wichtige Entscheidungen für die Ortsentwicklung beschlossen. Die Billigung des Bebauungsplanentwurfs für das neue Feuerwehrhaus am Volksfestplatz, mitten im Grünzug, wurde mit einer Gegenstimme beschlossen. Ein weiterer städtebaulich wichtiger Punkt war die Aufstellung des Bebauungsplangebiets an der Flurgrenz- und Frühlingsstraße, das insbesondere um einen Vorschlag für eine Dreifachturnhalle und dreigeschossigen Wohnbebauung erweitert wurde. Auch ein neuer Standort für den Gilchinger Maibaum im Altdorf an der St. Vitus Kirche wurde einstimmig und ohne große Diskussionen vom Gemeinderat beschlossen. Außerdem wurde die zukünftige Strategie der Gemeindewerke vom neuen GF Herrn Drexler vorgestellt und beschlossen. Weiterhin wurde eine Umschuldung eines Darlehens einstimmig zugestimmt. Ein Antrag des grünen Fraktionsprechers Peter Unger, der die Bevölkerung aufruft, das Böllerschießen an Sylvester zu unterlassen, wurde zum Abschluss angenommen.

Krailling

Im Dezember 2019 stellten die beiden neuen Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Krailling dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit ihr Fahrzeugkonzept vor. Dabei wurden sowohl die in Beschaffung befindlichen als auch die vorhandenen Fahrzeuge mit ihren Einsatzmöglichkeiten erläutert als auch die Anschaffung einer Drehleiter (anstelle einer nicht genormten Hubarbeitsbühne) empfohlen. Bei der großen Anzahl an (Wohn-)Gebäuden, deren zweiter Rettungsweg über Geräte der Feuerwehr führt, möchte die Kraillinger Wehr ein eigenes Drehleiterfahrzeug zur Verfügung haben, ohne immer auf Nachbarwehren aus Planegg oder Gauting angewiesen zu sein. Auf Wunsch aus dem Gemeinderat wird aber auch der Abschluss einer Zweckvereinbarung mit Planegg untersucht, wobei die Nachbargemeinde dann die für Krailling absolvierten Einsätze vergütet bekäme. Eine Entscheidung aber steht noch aus.

Der Antrag von Bündnis 90/Grüne im Gemeinderat Krailling zur Erklärung des „Klimanotstands“ in der Gemeinde wurde erwartungsgemäß nicht angenommen. Auch die FDP wandte sich gegen den Begriff „Notstand“ und die damit hervorgerufenen Befürchtungen oder Interpretationsmöglichkeiten. 1. Bürgermeister Rudolph Haux (FDP) begrüßte den Wechsel der Formulierung von Notstand zu Krise: „Eine Krise kann man bewältigen und pro-aktiv angehen“. Der Versuch, nur noch monothematisch Politik zu machen und alles mit dem Schlagwort „Klimaschutz“ wahlweise zu verhindern oder durchzudrücken, wurde allerdings berechtigterweise schon im ursprünglichen Antrag vermieden: eine Priorität von Klimaschutz gegenüber allen anderen Fakto-



Dezember 2019

ren wurde nur mit dem Zusatz „sofern vertretbar“ beantragt. Nach mitunter aufgeregter Diskussion ist mehrheitlich ein veränderter Antrag angenommen worden - darunter auch mit den Stimmen der FDP -, der eine Klima-KRISE feststellt, das Rathaus zu einer jährlichen Bestandsaufnahme der Klimaschutzmaßnahmen verpflichtet und die Politik in Kreis, Land und Bund zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten auffordert. Das Thema Klimaschutz ist schließlich zu wichtig, um es nur dem politischen Wettbewerber zu überlassen!

Seefeld

Nach Ablauf der fünfjährigen Wahlperiode wurde in Seefeld ein neuer fünfköpfiger Seniorenbeirat gewählt. Zwei Beiräte (darunter der Vorsitzende) sind Mitglieder des FDP-Ortsvorstands. Bei 2190 Wahlberechtigten (alle über 60-jährigen) betrug die Wahlbeteiligung 41%.

Um auf dem Personalmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben wurde die Gewährung der „Großraumzulage München“ für die Gemeindebediensteten beschlossen, was den Haushalt mit ca. 120.000 € jährlich belastet

Die Seefelder FDP hat wieder eine Liste für die kommende Gemeinderatswahl mit 20 Kandidaten aufgestellt. Bisher haben wir 2 Sitze im Gemeinderat, die wiedererlangt bzw. ausgebaut werden sollen.

Die Analysephase des Ortsplanungsprojekts wurde mit einem ausführlichen Bericht der Moderatoren an den Gemeinderat weitgehend abgeschlossen. Die nächste Phase wird erst nach der Kommunalwahl begonnen und die Zwischenzeit für einige Prüfaufträge genutzt. Mehr als 600 Anmerkungen, Ideen und Vorschläge sind eingegangen und wurden thematisch gegliedert. Vorzüge und Nachteile der Gemeinde werden umfassend aufgezeigt, allerdings sind auch eine Reihe von Widersprüchlichkeiten und Konflikten aufgezeigt. Insbesondere die Konflikte der Erweiterung von Wohn- und Gewerbegebieten mit den Interessen eines (manchmal überzogenen) Natur- und Umweltschutzes sind evident.

Starnberg

Der von unserer Fraktion beantragte Verkehrsentwicklungsplan (VEP) hat ein gutes Ende gefunden. Erste Ergebnisse zur stadtnahen Umfahrung führten ja zu heftigen Auseinandersetzungen; in der Folge musste die Arbeit abgebrochen werden. Mit dem Abbruch drohten die bereits gewährten Fördermittel verloren zu gehen. Erst daraufhin entschloss sich die Mehrheit des Rates zur Fortführung. Einstimmig hat der Stadtrat den abschließenden Bericht zur „Förderung der



Dezember 2019

Nahmobilität“ zur Kenntnis genommen. Die Vorschläge decken sich weitgehend mit unserer Vorstellung zur Verkehrs-Beruhigung und damit einer attraktiven Gestaltung der Innenstadt. Die Vereinbarung zur Kostenaufteilung der Baumaßnahmen B2-Tunnel und der Straßenkreuzungen im Zulauf zwischen Bund und Stadt konnten wir nicht mittragen. Erhebliche Kostensteigerungen erwartet heute schon das Straßenbauamt Weilheim. Die vorgelegte Vereinbarung sieht jedoch nur eine prozentuale Aufteilung vor ohne jede Deckelung. Der Stadt drohen damit unabsehbare Kosten in Millionenhöhe.

Ein Dringlichkeitsantrag zum Schreiben der DB – Zahlung der Gesamtkosten (!) Seeanbindung mit Fristsetzung 13.12.2019 – führte wieder zu heftigen Schuldzuweisungen an die Bürgermeisterin. Der Forderung der DB „sofort“ ein Gespräch für Dezember – d.h. ohne anwaltliche Unterstützung – anzubieten konnten wir ebenso wenig zustimmen wie der Forderung dem Stadtrat „sofort“ ein Finanzierungskonzept gemäß Beschluss vom 26.07.2019 für die Seeanbindung vorzulegen. Letzteres ist dem Stadtrat längst eingehend unterbreitet worden mit dem Ergebnis, dass die Deckungslücke weit das zulässige Maß überschreitet. Der gemeinsam gefasste Beschluss, im Januar in einer Sondersitzung zusammen mit RA Böck zum weiteren Vorgehen zu tagen, gibt Hoffnung auf ein vernünftiges Vorgehen in der Sache sowohl zur Lage eines Abstellgleises als auch einer rechtlich sauberen Finanzierung zum Wohle der Stadt.

Tutzing

In der Gemeinderatsitzung Anfang Dezember wurde einstimmig beschlossen, den kommunalen Zuschuss zur Volkshochschule Starnberger See e.V. von 3 auf 4 Euro pro Einwohner jährlich zu erhöhen. Grund hierfür ist der seit elf Jahren gleichgebliebene Beitragssatz bei gleichzeitiger Erhöhung der Kursanzahl, der Teilnehmerzahl und damit auch der Personalkosten. Weiterhin einstimmig wurde beschlossen, für die Mitarbeiter der Verwaltung in Tutzing ab nächstem Jahr die „Großraum-München-Zulage“ zu gewähren. Die jährlichen Mehrkosten von etwa 130.000 Euro werden zutreffend damit begründet, dass in den Zeiten – vor allem steigender Wohnkosten – die Gemeindeverwaltung auch zukünftig als Arbeitgeber attraktiv bleiben soll. Zwei Bauthemen sind ebenfalls erwähnenswert: Eine Stellplatzsatzung für gastronomische Betriebe in der Gemeinde Tutzing wurde einstimmig beschlossen. Anlass hierfür waren die vorbereitenden Maßnahmen zur Übernahme der Wirtschaft „Häring“ durch die Augustiner Brauerei. Unter anderem sind je 20 Quadratmeter Nettogastfläche ein KFZ- sowie ein Fahrradabstellplatz nachzuweisen. Für bereits existierende Gastronomie herrscht Bestandsschutz. Zu guter Letzt ist nun dem Antrag auf Baugenehmigung zur Sanierung der Mittelschule in Tutzing (vgl. Newsletter 4/19) ein-

**Freie
Demokraten**

Kreisverband
Starnberg **FDP**

Newsletter der FDP im
Kreistag,
Stadtrat,
Gemeinderat



Dezember 2019

stimmig das gemeindliche Einvernehmen erteilt worden. Dies ist ein notwendiger Schritt zur Realisierung des Vorhabens; nur dadurch kann eine verbindliche Auskunft über die Zuschüsse getroffen werden. Nichtsdestotrotz ist die Finanzierung des Vorhabens bei einem verbleibenden Eigenanteil zwischen 4 und 7,3 Mio. Euro bis dato noch alles andere als in trockenen Tüchern!